



Rede

**des wirtschafts-, mittelstands- und
energiepolitischen Sprechers
der CDU-Landtagsfraktion,
Hendrik Wüst MdL**

im Plenum des Landtags NRW

am 08. Dezember 2011

TOP 1 – Aktuelle Stunde zu Castor-Transporten in Nordrhein-Westfalen

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich gerade, in welcher Zuständigkeit Herr Remmel soeben gesprochen hat. Die Atomaufsicht liegt bei Herrn Voigtsberger. Im Aufsichtsrat in Jülich sitzt Frau Schulze. Es scheint offensichtlich noch eine geheime Arbeitsteilung in der Regierung zu geben: Wenn es um Empörung geht, ist immer Herr Remmel zuständig.

Herr Remmel, Sie haben richtigerweise gesagt: Das Parlament ist heute für die Willensbildung zuständig. – Das ist wahr. Ich habe den Eindruck, dass wir da ein Stückchen weitergekommen sind. Sie wollen keine Transporte. Sie wollen, dass das Zeug weiterhin in Jülich bleibt. Einverstanden!

Aber wenn man regiert, dann muss aus Willen auch Handeln werden. Deswegen frage ich: Was haben Sie, Herr Voigtsberger, nach dem 2. Februar denn getan, damit aus diesem noch einmal deutlich gewordenen Willen denn auch Handeln werden kann? In Wahrheit haben Sie nichts getan, die Transporte zu verhindern.

Herr Stinka hat heute Morgen in seinem ersten Beitrag schon deutlich gemacht, um was es Ihnen bei dieser Debatte wirklich geht. Auch der Antrag von SPD und Grünen nennt den Bundesumweltminister und Landesvorsitzenden der CDU schon mit Namen, und Herr Stinka hat dann angefangen, irgendwelche Wortkreationen neu zu schöpfen. Ihnen geht es darum, Ihr eigenes Nichtstun am Ende jemand anderem quasi als Schelle um den Hals zu hängen und daraus noch ein parteipolitisches Süppchen zu kochen.

Die Grünen fangen schon an, mit Landesvorstandsbeschlüssen zu mobilisieren. Im Kreis Viersen hat Frau Maaßen, die Kollegin hier im Hause, erklärt, sie wolle demnächst auch mit ihren Parteifreunden demonstrieren. Sie hat das auch schon vor Ort umgesetzt und philosophiert über konkrete Trassenführungen und darüber, über welchen Kreisverkehr das alles nachher laufen soll. Sie hätten das alles in drei Aufsichtsratssitzungen seit dem Regierungswechsel verhindern können. Sie haben nichts getan. Deswegen finden am Ende diese Transporte ins Münsterland statt, weil Sie fahrlässig, grobfahrlässig zwei Züge haben aufeinander zurollen lassen und heute in Empörung machen.

Herr Voigtsberger, Sie haben uns am 2. Februar dieses Jahres einen, wie Sie selber sagen, ambitionierten Plan vorgestellt und sagten da etwas Kess: Ich denke, das können wir einhalten, auch wenn Herr Röttgen sagt, das entspreche nicht seiner Lebenserfahrung. Vielleicht können wir ihm daher einmal eine andere Erfahrung beschweren, dass wir so ein Verfahren durchaus optimal durchziehen können.

Dabei ging es darum - halten Sie mal Ihren Schnabel da! -, ein Verfahren durchziehen, dass die Lagerung in Jülich weiter bestehen kann. Wer so auf die Sahnehaut, Herr Minister, der muss am Ende eben auch etwas tun. Sie sagten dann, es sei ein Gutachter tätig, der Gutachter sei bereits beauftragt und würde bis September dieses Jahres – so sagen Sie laut Plenarprotokoll – ein Gutachten vorlegen. Wo ist das Gutachten? Es ist bis heute nicht da. Nach meinem Kenntnisstand ist es nicht einmal entgegen dem, was Sie gesagt haben, im Februar in Auftrag gegeben gewesen.

Es gilt das gesprochene Wort!

Ich halte Sie, Herr Voigtsberger, für einen redlichen Mann. Aber wann immer Ihre Kabinettskollegen Schulze und Remmel die Chance wittern, mit Atompolitik Ängste hier im Land schüren zu können, sitzen Sie nur noch auf der Zuschauerbank. Und das sollten Sie sich eigentlich nicht gefallen lassen.

Weil sich Herr Sagel eben besonders kundig gezeigt hat, als er sagte, die Lager seien doch alle gleich: In Jülich werden die Behälter exakt mitten im Forschungszentrum gelagert. Und dann sagen Sie, Ahaus sei doch nur eine münsterländische Scheune. Sie sind doch oft genug dagewesen und oft genug verhaftet worden. Sie müssten das doch eigentlich kennen. Darum herum ist ein gesicherter Doppelzaun, da ist eine Freifläche, wo man auch sehen kann, wer auf die Anlage einwirken will, nämlich solche Leute wie Sie. Das ist kein Vergleich. Ich als Münsterländer habe an dieser Debatte über die Transporte keinen Spaß. Kein Münsterländer hat Freude an dieser Debatte. Das ist völlig klar. Aber am meisten nerven uns Rabatzkameraden wie Sie, Herr Sagel, und diejenigen, die vor der Kulisse Ihrer Aufforderung und der Aufforderungen der Grünen Gewalt gegen Polizisten und andere ausüben. Das ist unser größtes Problem. Ohne den von Ihnen initiierten Rabatz würden die Transporte nicht 60 Millionen Euro kosten, wie der Innenminister, Herr Jäger, zu Recht beklagt. Das alles wäre nicht nötig, wenn Sie nicht ständig zu Rabatz aufrufen würden.

Sie alle wissen, dass die Transporte unvermeidbar sind. Sie haben die Zeit, das zu verhindern, verstreichen lassen. Und Sie wollen es jetzt parteipolitisch jemand anderem in die Schuhe schieben. Aber Ihre Verantwortung klebt Ihnen an der Sohle wie Kaugummi.

Da meine Redezeit beendet ist, komme ich zum Schluss. Herr Markert, Sie haben eben gesagt, ein rechtsfreier Zustand sei auch ein rechtssicherer Zustand. Darüber, was das heißt, muss ich als Jurist, ehrlich, gesagt einige Minuten nachdenken. So etwas habe ich noch nie gehört.

Sie wollen uns über das Demonstrationsrecht belehren. Niemand hat hier das Demonstrationsrecht infrage gestellt. Aber es ist schon merkwürdig, wenn Teile der Regierung zu Demonstrationen und Protesten aufrufen und andere nachher die Kosten dieser Proteste beklagen. – Vielen herzlichen Dank.